

INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de



Gewerkschaft
der Polizei

Bundesvorstand

Berlin, 13. bis 16. November 2006

Montag, 13. November 2006

23. Ordentlicher Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei

Zusammenfassung und Ausblick auf den Kongress
Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

**Sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

ich möchte mich recht herzlich bei all unseren Gästen für ihr Erscheinen - hier beim Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei – bedanken.

Besonders freue ich mich, die Delegierten und Gastdelegierten des 23. Ordentlichen Bundeskongresses hier begrüßen zu dürfen.

Schön, dass ihr da seid.

Auf uns wartet in den nächsten Tagen eine Menge Arbeit, denn wir haben die Aufgabe, über den zukünftigen Weg unserer GdP zu beraten und zu entscheiden.

Ich möchte mich bei unseren Gastrednern ausdrücklich für das Lob, für die Anerkennung der polizeilichen Arbeit, für die Gewerkschaft der Polizei bedanken.

Das erfreut natürlich unsere Herzen.

Die Anwesenheit der zahlreichen Gäste erfüllt uns mit Stolz.

Ich möchte nicht klein anfangen!

Ich möchte den Papst zitieren:

„Ein Staat, der sich nicht durch Gerechtigkeit definiert, ist nichts anderes als eine Räuberbande“, sagte Papst Benedikt XVI.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190

Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Wenn er eine gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates als zentrale Aufgabe der Politik einfordert, dann hat er die Gewerkschaft der Polizei an seiner Seite - insbesondere wenn es gilt, Räuber zu stellen!
Denn davon gibt es genug in unserem schönen Lande.

Gestatten Sie mir ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu machen, die das Thema Gerechtigkeit betreffen:

- die hohe Massenarbeitslosigkeit,
- die Folgen der Globalisierung,
- die hohe Staatsverschuldung,
- und die defizitären Haushalte

haben in den letzten Jahren zu gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen geführt.

- Unsere Gesellschaft gerät immer mehr aus den Fugen.
- Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer.
- Noch immer haben wir – in diesem Jahr – über 4 Millionen registrierte Arbeitslose. Menschen, die oft verzweifelt über Jahre einen Arbeitsplatz suchen; die sich ausgegrenzt fühlen und die häufig keine Perspektiven mehr haben.
- Das trifft gerade junge Menschen, die mehrere hundert Bewerbungen schreiben und trotzdem keinen Ausbildungsplatz finden. Sie fühlen sich oft wertlos und haben das Gefühl, dass sie nicht gebraucht werden. Hier liegen die Gefahren für unsere Gesellschaft.
- Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten heute im Niedriglohnbereich oder bekommen gar Armutslöhne. Die Zahl steigt ständig.

Und es will mir nicht einleuchten, obwohl Deutschland ein reiches Land ist und Deutschland jedes Jahr reicher geworden ist, nimmt die Armut in unserem Lande zu.

Die Welt ist ungerechter geworden.
Deutschland ist ungerechter geworden.
Das empfinden zwei Drittel der Bevölkerung.

Die so genannten gesellschaftlichen Eliten versagen zunehmend.

Einige Manager von Großkonzernen sind in ihrem Verhalten maßlos und verantwortungslos.

Während sie für ihre Konzerne Rekordgewinne in Milliardenhöhe verkünden, wird gleichzeitig der Abbau von tausenden von Arbeitsplätzen angekündigt - so geschehen bei der Deutschen Bank und der Allianz.

Und es geht noch perverser.

Den Ankündigungen von tausendfacher Arbeitsplatzvernichtung folgt ein Anstieg der Aktienkurse, damit auch die Aktienbesitzer davon profitieren.

Einfach skrupellos und unerträglich.

Während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren Realeinkommensverluste zu verzeichnen haben, sind die Bezüge von Managern drastisch gestiegen.

In den letzten acht Jahren haben sich die Einkommen der Vorstände in den 30 DAX-Unternehmen verdoppelt.

Sie liegen heute im Schnitt bei 200.000 Euro pro Monat.

Allein in 2005 stiegen die Monatsgehälter durchschnittlich um 11%.

Die Manager dieser Konzerne bekommen 200 bis 300 Mal soviel wie ein Facharbeiter.

Sie bekommen es zwar - aber sie haben es einfach nicht verdient!

Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, bekommt nach eigenen Angaben zwischen 15 und 20 Millionen Euro im Jahr; und das obwohl er 20.000 Arbeitsplätze im Konzern gestrichen hat.

Oder vielleicht gerade deshalb?

Das entspricht ungefähr dem Verdienst von 600 Polizisten.

Und auch das muss man deutlich sagen: soviel wie 600 Polizisten kann er gar nicht leisten.

Raffgier und Maßlosigkeit sind die Kennzeichen für derartiges Verhalten.

Globalisierung heißt für die Manager der internationalen Konzerne, dass sich ihre Gehälter an den USA orientieren und die Löhne der Arbeitnehmer an China.

Wer alleine in den letzten Monaten die Berichterstattung in den Medien verfolgt hat, konnte in nahezu allen großen Konzernen Berichte über Korruption durch führende TOP-Manager feststellen. Betrug und Untreue in zwei- oder gar dreistelliger Millionenhöhe waren zu verzeichnen: ob BMW, Daimler Chrysler, Siemens, Karstadt, Philipps, Infineon oder Ikea.

Überall haben sich diejenigen, die als Manager bereits viel Geld verdienen, durch Betrug und Untreue weiter die Taschen voll gesteckt.

Allein die Geschäftsführer der Sicherheitsfirma Heros haben durch Betrug einen Schaden von 540 Millionen Euro verursacht.

Wir sollten als Gesellschaft nicht nur mit Ablehnung und Abscheu auf das kriminelle Milieu im Rotlicht schauen, sondern auf die, die sich im Rampenlicht unserer Gesellschaft befinden.

Unsere Eliten versagen zunehmend als Vorbilder für unsere Gesellschaft.

Nicht jeder, der viel Geld bekommt, hat auch etwas für unsere Gesellschaft geleistet bzw. Anerkennung verdient.

Oder um ein Zitat aus der Bibel hinzuzufügen:

„Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als dass ein Reicher ins Reich Gottes komme“, sagte Jesus einmal.

Aber auch die Politik verliert zunehmend an Akzeptanz.

Sie lebt von der Glaubwürdigkeit - die aber mehr und mehr verloren geht.

Und ich will ausdrücklich selbstkritisch hinzufügen: auch die Gewerkschaften leben von Akzeptanz und Glaubwürdigkeit. Auch wir müssen uns diesen Fragen stellen.

Wer Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen aufstellt, muss auch diesen eigenen Ansprüchen entsprechen.

Ein Beispiel aus der Politik, das typisch ist und deshalb für viele andere steht: Nach einer Haushaltsklausur des Kieler Kabinetts Mitte März 2006 ließ Ministerpräsident Peter Harry Carstensen die Katze aus dem Sack und traf die Beschäftigten der Polizei voll ins Mark.

Die große Koalition aus CDU und SPD folgte dem Vorschlag des Finanzministers, das Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamte gänzlich zu streichen. Damit brach der Landesvater sein wenige Monate zuvor gegenüber der Polizei gegebenes und sogar im Koalitionsvertrag niedergeschriebenes Versprechen, dies nach Einführung der Eigenbeteiligung an der Heilfürsorge und der Verlängerung der Wochenarbeitszeit während der Legislaturperiode unangetastet zu lassen.

Nur ein gutes Vierteljahr vorher hatte der Ministerpräsident im öffentlichen Teil des GdP-Delegiertentages die Beschäftigten der Polizei noch in vertrauter Sicherheit gewiegt:

„Ja, wir haben den Beamtinnen und Beamten auch Sonderbelastungen aufbürden müssen. Aber ich kann mit Fug und Recht sagen: Wir haben mit Augenmaß gehandelt. Doch im Gegenzug haben wir zugesagt, dass im Lauf dieser Legislaturperiode, also bis 2010, keine weiteren Abstriche bei Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gemacht werden. Das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben und daran wird auch nicht gerüttelt.“

Dieser Wortbruch hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Ihm ist Unmögliches gelungen, er hat ein Fass ohne Boden zum Überlaufen gebracht.

Da kann man nur deutlich sagen: Wort halten oder Mund halten.

Oder am Beispiel des ehemaligen Vorsitzenden der CDU/CSU, Friedrich Merz:

Normalerweise ist der Abgeordnete „Vertreter des ganzen Volkes“. Manche sind auch nur Vertreter der Wirtschaft.

Der Abgeordnete Friedrich Merz residiert zwischenzeitlich in einer Anwaltskanzlei und sitzt nunmehr in 18 Aufsichtsräten bzw. Beiräten.
Darunter: AXA Konzern AG, BASF AG, Commerzbank AG, Deutsche Börse AG.

Aber erst mit seinem Auftritt vor der NRW-Landesgruppe der CDU im Bundestag hat Merz im April dieses Jahres den verbliebenen Rest an Glaubwürdigkeit verspielt.

Er erschien dort an der Seite seines Klienten Werner Müller, vormals Bundeswirtschaftsminister und heute Chef des Energiekonzerns RAG, und versicherte seinen Parlamentskollegen, er sei nicht als Abgeordneter erschienen, sondern als rechtlicher Berater des Konzerns auf dessen beschwerlichen Weg an die Börse.

Sein Verhalten zeugt von einem Totalverlust des Gefühls für persönlichen Anstand und für die Würde des Mandats. Er kennt nur seine Interessen.

Eine modifizierte politische Ich-AG.

Und um dem Ganzen noch eine Krone aufzusetzen, klagt er jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Offenlegung der Nebentätigkeiten als Bundestagsabgeordneter.

Ein Verhalten, das schamloser nicht sein kann.

Ich erinnere mich noch sehr genau, als er die Mitbestimmung gezeißelt hat und gefordert hat, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die freigestellten Betriebs- und Personalräte selbst bezahlen sollten.

Schade, dass seine Steuererklärung bzw. seine „Nebenbeschäftigungen“ nicht auf einen Bierdeckel passen.

Aber auch die Parteien insgesamt müssen aufpassen, dass sie nicht weiter zur Politikverdrossenheit beitragen und sich immer mehr Menschen von der Politik, von den großen Volksparteien abwenden.

Vor der letzten Bundestagswahl wurde von den CDU/CSU der Eindruck erweckt, dass es um den Umbau des Steuersystems mit niedrigen Sätzen gehe.

Es gab sogar einen Kandidaten, nämlich Herrn Prof. Kirchhof, der dieses verkörperte. Weniger Belastung für den Bürger auch durch Senkung der Lohnnebenkosten.

Zu diesem Zweck forderte die Union eine Mehrwertsteuererhöhung von 2 %.

Die SPD sprach sich im Wahlkampf vehement gegen eine Mehrwertsteuererhöhung aus.

Und was ist daraus geworden?

Eine 3%-Mehrwertsteuererhöhung ist beschlossen worden.
Die größte Steuererhöhung, die wir in Deutschland bisher hatten.

Außerdem sollen nach bisherigen Vorstellungen der großen Koalition die Renten- und Krankenkassenbeiträge steigen.

Dieses trägt wahrlich nicht zur Glaubwürdigkeit der Politik bei. Wie beispielsweise die geplante Unternehmenssteuerreform, mit der den Unternehmen Milliardengeschenke gemacht werden sollen.

Das wird von den Menschen nicht mehr verstanden.
Und ich glaube, das kann man auch nicht verstehen.

Zu den gesellschaftlichen Folgen:

Die Armut in unserem Land nimmt zu - die Reichen werden immer reicher.

Entsolidarisierungen und zunehmende soziale Spaltung haben Konsequenzen:

- immer mehr Menschen fühlen sich allein gelassen und sehen für sich keine Perspektive,
- soziale Konflikte nehmen an Bedeutung zu,
- immer mehr Menschen nehmen nicht mehr Anteil an der politischen Gestaltung, unseres demokratischen Gemeinwesens:

Die Mitgliedzahlen der großen Parteien sinken, die Volksparteien zerbröseln.
Die Wahlbeteiligung bei den beiden letzten Landtagswahlen ist um 10% gesunken.

- Rechtsextreme erhalten Auftrieb,
- und natürlich wird dieses alles auch Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit haben.

Zur Lage der Inneren Sicherheit.

Die Innere Sicherheit ist zurzeit geprägt durch die existierende und weiter zunehmende Terrorgefahr. Wir müssen uns strategisch auf diese Herausforderungen einstellen. Es ist nicht absehbar, dass diese Gefahren in den nächsten Jahren nachlassen.

Bereits in 5 Fällen konnten wir Anschläge, hier bei uns, durch rechtzeitiges Eingreifen in der Vorbereitungsphase verhindern.

Und wir hatten auch Glück.

Die beiden versuchten Anschläge vom 31.7.2006 mittels zweier Kofferbomben auf zwei Bahnzüge sind nur durch einen technischen Fehler nicht gelungen.

Laut Aussage eines Täters bestand die Absicht, diese Anschläge während der Fußball-Weltmeisterschaft durchzuführen.

Nur aufgrund der hohen Polizeipräsenz, so einer der Täter, haben sie davon zu diesem Zeitpunkt abgesehen.

In welcher Situation würden wir uns jetzt befinden, wenn diese Anschläge während der WM erfolgt wären?

Die Politik darf nicht weiter nach dem Motto reagieren: „Nur wenn etwas passiert – dann passiert auch was!“

Dabei dürfen wir natürlich nicht die Alltagssorgen der Bürger, mit der Furcht Opfer von Kriminalität – insbesondere von Gewaltkriminalität - zu werden, vergessen.

Überall stoßen wir mit unseren Ressourcen an unsere Grenzen.

Und es kann nicht angehen, dass man bei den Polizeien der Länder, wie geschehen, in den letzten 5 Jahren 7.000 Polizistenstellen und 6.000 Stellen bei den Tarifbeschäftigten streicht und gleichzeitig den Einsatz der Bundeswehr im Inneren für Polizeiaufgaben fordert.

Das ist wie beim Brandstifter, der anschließend die Feuerwehr ruft.

Zur Situation der Polizei.

Zu was die Polizei in der Lage ist, beweisen wir tagtäglich in vielen tausenden Situationen.

Und wenn ich Polizei sage,
dann meine ich alle:

- ob Beamte oder Tarifbeschäftigte,
- ob jung oder alt,
- ob Frau oder Mann.

Polizeiarbeit ist eine Gemeinschaftsleistung.

Natürlich gilt dieses auch für die Arbeit und Unterstützung von anderen Sicherheitsbehörden insbesondere vom Zoll, vom Verfassungsschutz oder den Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr.

Die Fußballweltmeisterschaft war ein ganz herausragendes Ereignis. Trotz immens hoher Einsatzbelastung war die Weltmeisterschaft eine Zeit der Freude für uns alle. Dieses unbeschwerte Gefühl der Gemeinsamkeit und des Teilens der Freude mit den internationalen Gästen war einmalig und fehlt uns schon heute. Der Alltag hat uns schnell wieder eingeholt.

Dieses ist aber auch ein Anlass, stolz zu sein. Stolz zu sein, auf das was wir für die Bürgerinnen und Bürger leisten.

Die Polizei hat in der Öffentlichkeit eine hohe Anerkennung.

Die Bürger vertrauen uns.

Dieses ist der Lohn für unsere Arbeit.

Dafür sind wir dankbar.

Im September 2006 wurde das Schülerbarometer 2006 veröffentlicht:
Es handelt sich hierbei um eine repräsentative Umfrage des Berliner trendence Instituts mit über 12.000 Schülern, die zu ihren Präferenzen/Wünschen zum Berufseinstieg befragt wurden.

Die Umfrage hatte zum Ergebnis, dass die Polizei / der Polizeiberuf an erster Stelle genannt wurde. Ein unglaublicher Beweis für die Attraktivität des Polizeiberufes.

„Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei“

So lautet das Motto unseres Bundeskongresses.

Die Polizei sorgt für Sicherheit und Vertrauen.
Diese Leistungen der Polizei werden von den Bürgern auch in einem besonderen Maße anerkannt.

Aber wie sieht es mit der Sicherheit für die Polizei aus?
Mit den Gefahren für den Beruf?
Immer häufiger werden Polizisten Opfer von Gewalt.
Polizeiliches Einschreiten wird immer schwieriger.

Oder wie sieht es mit der sozialen Sicherheit aus?
Erfahren wir hier Gerechtigkeit?
Seit mehr als 10 Jahren wird in Bund und Ländern eine aggressive Sparpolitik betrieben. Soziale Verschlechterungen für uns in allen Bereichen.

Man will, dass wir den Gürtel noch enger schnallen, obwohl man uns vorher bereits die Hosen runter gezogen hat.

Und wir sehen tagtäglich:
Das Geld ist da – es ist nur bei den anderen - es ist nur falsch verteilt.

Denn Geld verschwindet nicht – es hat nur ein anderer!

Recht und Sicherheit sind, um es mit den Worten des ehemaligen Bundesinnenministers Schily zu sagen: „eigenständige Werte außerhalb ökonomischen Kalküls“.

Hier liegt das Versagen der Politik.

Wir fordern Gerechtigkeit. Wir fordern, dass unsere Leistung anerkannt wird.
Wir fordern eine Abkehr von der ungerechten Verteilungspolitik.
Das sind unsere Erwartungen an die Politik.

Das Jammertal ist für viele der Lieblings-Ausflugsort. Dieses entspricht nicht unserer Mentalität. Wir brauchen keine Klagemauer. Wir wissen, was wir leisten. Wir sind von der Qualität unserer Arbeit überzeugt.

Diese Stärke müssen wir zukünftig deutlicher machen.
Darin liegen unsere zukünftigen Herausforderungen.

Ohne Polizei ist kein Staat zu machen!